

Piraten fordern Grundrecht auf Internet

„Das Internet hat im privaten und beruflichen Leben den gleichen Stellenwert wie einst Rundfunk und Fernsehen eingenommen. Der Computer und die Nutzung des Internets werden bereits zum notwendigen Lebensbedarf gezählt.“ (Urteil OLG München)

Neben dem gewerblichen Bereich, in dem die Benutzung des Internets zwingend vorgeschrieben ist (Steuermeldungen, Meldungen zu den Sozialversicherungen, Behördenmeldungen), wird seitens der Behörden auch im privaten Umfeld verstärkt die Nutzung von Dienstleistungen über das Internet gefordert. Betriebe sind ohne garantierten Breitbandanschluss nicht arbeitsfähig. Eine Ansiedlung ist daher nahezu ausgeschlossen und die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen wird damit unmöglich.

Der Zugang zu freier Information ist ebenso ein Grundrecht, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Bürger, die diesen Zugang nicht haben oder nutzen können, sehen sich einer zunehmenden digitalen Barriere ausgesetzt und können sich nicht aus allgemein verfügbaren und unabhängigen Quellen informieren. Insbesondere in Gebieten mit ländlicher Struktur ist ein Ausgleich der Informations- und Kommunikationsdefizite vornehmlich durch den Internetzugang möglich.

Nur 65% der Haushalte in Brandenburg haben Zugang zu einem Breitbandanschluss (Quelle: IHK Potsdam, 25.06.2009). Dies bedeutet aufgrund der Konzentrierung auf die regionalen Wachstumskerne eine desaströse Versorgung der ländlichen Gebiete.



www.piratenbrandenburg.de

DAS FORDERN DIE PIRATEN

1. Jedem Haushalt und Betrieb ist ein netzneutraler und diskriminierungsfreier Basisanschluss mit einer Mindestbandbreite von 2MBit/512KBit zur Verfügung zu stellen (funkbasierte Verfahren wie UMTS / LTE / Satellit erfüllen nur dann diese Anforderungen, wenn genügend Bandbreite/Kanäle und Wetterunabhängigkeit gewährleistet sind).
2. Der Basisanschluss ist in der preislichen Größenordnung der derzeitigen Tarife anzubieten.
3. Für sozial Benachteiligte ist ein entsprechend ermäßigter Tarif festzulegen. Für ALG II-Empfänger sind die Kosten zu übernehmen.
4. Sind Breitbandanschlüsse aus technischen/zeitlichen Gründen nur über Funkübertragungsverfahren (außer Richtfunk) möglich, ist dies nur eine Übergangslösung, die innerhalb kurzer Frist durch kabelgebundene Verfahren abgelöst werden müssen.
5. Dort wo es sinnvoll und möglich ist, sind Übertragungspunkte mittels Glasfaserkabel (FiberToHome) aufzubauen.
6. Sperrungen (außer bei erheblichen, nicht einbringbaren Gebührenrückstand) sind unzulässig, da Sperrungen des Netzzugangs eine neue Form des Hausarrestes darstellen.

http://wiki.piratenbrandenburg.de/AG_Wirtschaft



Arbeitsgemeinschaft

Wirtschaft

V.i.S.d.P: AG Wirtschaft im Landesverband Brandenburg, Sven Weller, August-Bebel-Straße 68, 14482 Potsdam, Stand 09/2010

